

Stadt Bochum

Integrationsbüro der Stadt Bochum
Jungegesellenstraße 8
44787 Bochum
Tel.: 0234/ 910 3840 (Sekretariat)
E-Mail: amt04@bochum.de
<http://www.bochum.de/integrationsbuero>

Bericht des Fachforums „Wohnen“



Forum 4 - Wohnen			
Nr.	Thema	Punkte	Rang
1	Zusammenleben im Quartier Wohngemeinschaft / Bewohnertätige Gruppen + Listen	13	2
2	Wohnen im Alter	15	1
3	Stadtentwicklung / Wohnortwahl	12	3
4	Belastungspolitik / Zusatzsteuerung	7	7
5	Ghettobildung	2	8
6	Fehlendes Bewusstsein / ungenutztes Wohnraum	1	9
7	Quartiersmanagement / Bürgerbeteiligung u.ä. (Adressat)	12	2
8	Flüchtlingsunterstützung u.ä. (Adressat)	7	7
9	Unterstützungssysteme	10	4

Integrationsbüro der Stadt Bochum

Stand, Juli 2007

FACHFORUM WOHNEN

Übersicht

1. Einführung in die Thematik
2. Bestandsaufnahme/ Situationsbeschreibung
3. Ziele
4. Maßnahmen
 - 4.1 Vorschläge zum Ziel „Integrierte sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren“
 - 4.2 Vorschläge zum Ziel „Interkulturelles Zusammenleben fördern“
 - 4.3. Vorschläge zum Ziel „Funktionierende Nachbarschaften schaffen/ Beseitigung von Zugangsbarrieren zum Wohnungsmarkt“
 - 4.4 Vorschläge zum Ziel „Partizipation fördern“
 - 4.5 Vorschläge zum Ziel „Bedürfnisorientierte Verbesserung von Wohnqualität und Wohnbedingungen“
5. Ausblick

1. Einführung in die Thematik

Mit der Schwächung der Integration über den Arbeitsmarkt gewinnen das städtische Wohnquartier sowie die Wohnung als Lebensmittelpunkt von Menschen mit Migrationshintergrund für den Integrationsprozess zunehmend an Bedeutung. Die Wohnung und das Wohnquartier bilden zum einen den sozialräumlichen Hintergrund für den Erwerb von Bildung und Sprache, für die Integration in den Arbeitsmarkt, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Schaffung von sozialen Kontakten. Sie sind gleichzeitig aber auch selbst wichtige Integrationsfaktoren, weil sie Aktions- und Freiräume bestimmen.

Mit der ersten Integrationskonferenz am 15.09.2006 nahm das Fachforum Wohnen - als eines von fünf - seine Arbeit auf, um für die genannten Themenbereiche

- **Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund**
- **Zusammenleben im Stadtteil**

eine Bestandsaufnahme zu erarbeiten. Darüber hinaus sollten Ziele und Handlungsempfehlungen für die künftige Entwicklung formuliert werden.

Gemeinsame Grundlage aller Fachforen waren die von Herrn Prof. Dr. Krummacher formulierten allgemeinen Leitziele und der von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung definierte Begriff: Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Betreuung des Forums übernahm das Amt für Bauverwaltung und Wohnungswesen. Die einzelnen Veranstaltungen wurden vom Institut InWIS Forschung & Beratung GmbH professionell moderiert. Als Input dienten darüber hinaus verschiedene Fachvorträge - auch von externen Referenten. Sie waren hilfreich für die weitere Diskussion/ Arbeit.

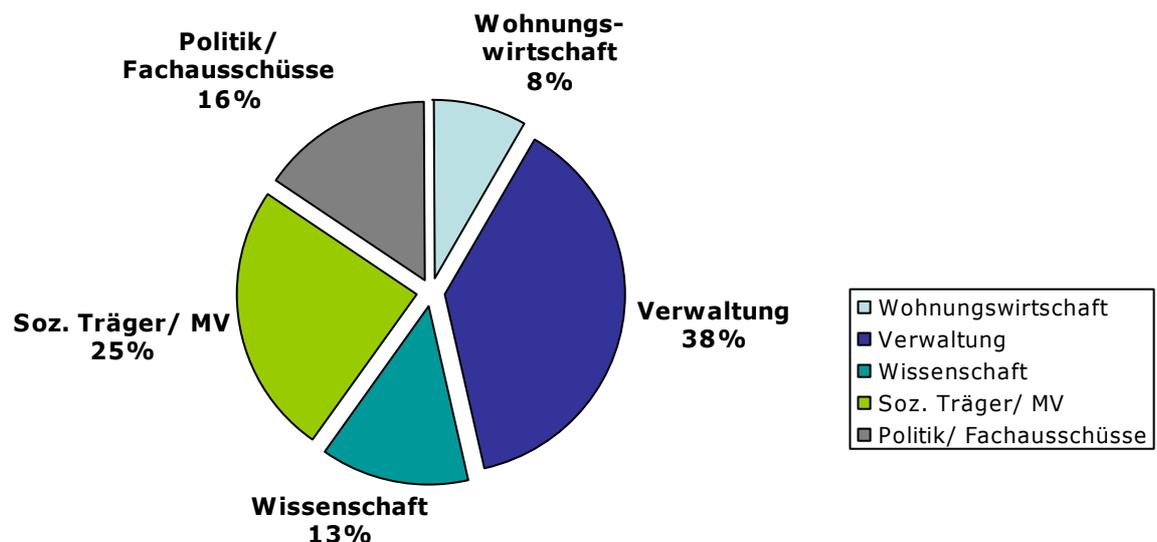


Abbildung: Zusammensetzung des Fachforums Wohnen

An den 7 Sitzungen nahmen regelmäßig 17 bis 24 Personen aus verschiedenen Institutionen und Arbeitsbereichen teil (vgl. Abbildung).

Nach einer kurzen Kennenlernphase entwickelten sich die beteiligten Personen - trotz unterschiedlicher Professionen, Interessen und Beweggründe für eine Teilnahme am Fachforum Wohnen - zu einem engagierten, konstruktiv und ergebnisoffen arbeitenden Team.

2. Bestandsaufnahme und Situationsbeschreibung

Als Einstieg in die Bestandsaufnahme zur Wohnsituation von Menschen mit Migrationshintergrund und dem Zusammenleben im Stadtteil wurden ausgewählte Daten der Wohnungsmarktbeobachtung, der Sozialberichterstattung sowie der Einwohnermeldestatistik vorgestellt. Die jeweiligen Vorträge sind im Internet unter www.bochum.de/integrationsbuero in der Rubrik Integrationskonferenz hinterlegt.

Dabei wurde deutlich, dass keine der verfügbaren amtlichen Datenquellen und -auswertungen qualitativ und quantitativ hinreichende Informationen zu den o. g. Themenbereichen beitragen kann. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass keine Bestandsaufnahme durchgeführt werden konnte, die auf messbaren Indikatoren, Analysen oder empirisch gewonnenen Information beruht. Daher ist das Integrationsbüro bereits - der Aufforderung des Forums folgend - mit der Verbesserung der Datenlage befasst.

Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeitsbereiche verfügen jedoch die Teilnehmerinnen/ Teilnehmer am Fachforum Wohnen über vielfältige, fundierte Kenntnisse und Erfahrungen. Die folgenden **subjektiven Bewertungen** basieren darauf und stellen eine durch Kartenabfrage erarbeitete Stärken-Schwächen-Bewertung der Wohnsituation in Bochum dar.

Die zu den Fragen

1. Was trägt derzeit in Bochum zu einem gelungenen Zusammenleben im Stadtteil und zu guten Wohnbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund bei?
2. Was steht derzeit in Bochum einem gelungenen Zusammenleben im Stadtteil und guten Wohnbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund entgegen?

erarbeiteten Antworten wurden in einem weiteren Schritt verschiedenen Themenbereichen entweder als Stärke oder Schwäche zugeordnet:

Vernetzung und Nachbarschaft

Stärken:

- Vorhandene und im Aufbau befindliche Kooperationen und Netzwerke zwischen Institutionen
- Bestehende gute Nachbarschaften im Stadtteil
- Vorhandene Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliche Initiativen

Schwächen:

- Fehlendes integriertes Quartiersmanagement auf Stadtteilebene
- Fehlende Bewohnerbeteiligung bei strukturellen Entscheidungen

Begegnungsmöglichkeiten

Stärken:

- Stadtweite Kultur- und Bildungsangebote sowie sportliche Aktivitäten in Vereinen bieten Begegnungsmöglichkeiten
- Quartiersbezogene Feste, Nachbarschaftstreffs, kulturelle und sportliche Angebote, Familien-/ Kulturzentren sowie weitere Orte bieten Rahmen für gemeinsame Aktivitäten und Begegnung
- Bereitschaft für interkulturelle und interreligiöse Dialoge

Schwächen:

- Einsparungen bei öffentlichen Angeboten
- Fehlende Räumlichkeiten für gemeinsame Treffs
- Fehlende mehrsprachige Angebote bei sozialen Dienstleistungen und zur Gestaltung von Gemeinschaften
- Fehlende interkulturelle Infrastruktur
- Nicht ausreichende stadtteilnahe außerschulische Bildungsangebote

Wohnungsmarktsituation/ Wohnumfeld

Stärken:

- Entspannter Wohnungsmarkt
- Großer Wohnungsbestand

Schwächen:

- Diskriminierung/ Erschwernisse bei der Wohnungssuche
- Schlechte Bausubstanz/ Renovierungsstau
- Zu wenig große Wohnungen für Familien
- Ungepflegtes/ unattraktives Wohnumfeld (Plätze, Straßen, Freiflächen)
- Stadtteile ohne Versorgungsinfrastruktur
- Fehlende urbane Öffentlichkeit (Foren, Plätze...)
- Beeinträchtigungen durch Nebeneinander von Arbeit und Wohnen

Subjektive/ persönliche Einstellungen

Stärken:

- Tolerante Gesellschaft
- Integrationsoffenheit und -wille bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund
- Aktive Mitarbeit der Menschen mit Migrationshintergrund
- Wenig interkulturelle Konflikte im Vergleich zu anderen Städten
- Zusammenleben in bunter Vielfalt

Schwächen:

- Fehlende interkulturelle Kommunikation (sprachliche und kulturelle Barrieren, Anonymität, Isolation)
- Berührungängste/ Abgrenzungsbestrebungen auf „beiden Seiten“
- Fehlende Akzeptanz für einander/ Fremde/ andere Kulturen
- Neonazi-Aktionen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Stärken:

- Einzelhandel: Vielfalt und dezentrale Versorgungsangebote

Schwächen:

- Hohe Arbeitslosigkeit
- Allgemein schwierige soziale Lage

3. Ziele

Ausgehend von der Bestandsaufnahme wurde anhand der Leitfrage „Woran können wir in den nächsten 15 Jahren in den Bereichen Wohnen von Menschen mit Migrationshintergrund und Zusammenleben im Stadtteil erfolgreich arbeiten“ ein Zielkatalog erstellt.

Die Formulierung und die Festlegung der Ziele war ein intensiver Prozess, der einige Sitzungstermine in Anspruch nahm. Einige Ziele mussten nochmals neu formuliert, anderen Oberzielen oder sogar Fachforen zugeordnet werden.

Darüber hinaus galt es, einen Zielkonflikt zu lösen, der darin bestand, dass zunächst Ziele formuliert wurden, die eine freiwillige Wohnstandortwahl der Menschen mit Migrationshintergrund präferierten - andererseits aber auch Ziele, die eher das Gegenteil anstrebten (Beeinflussung und Steuerung der Wohnstandortwahl).

Hierzu und auch zu anderen unterschiedlichen Standpunkten konnte nach intensiver, konstruktiver Diskussion im Forum Konsens erzielt werden. Im Ergebnis hat sich das Forum auf die nachstehenden 6 Oberziele und eine Vielzahl von Unterzielen verständigt.

1. Integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren

- Unterschiedliche Zielgruppen ansprechen (Singles, Familien etc.)
- Haushaltsnahe Dienstleistungen erschließen
- Quartiersmanagement einsetzen, damit Bewohner mitreden können
- Wohnraum/ Stadtteile mit hohem Migrantenanteil besser gestalten
- Freundliche Umfeldgestaltung
- Infrastruktur verbessern
- Beratungsmöglichkeiten für Bewohner errichten
- Stadtteile attraktiv gestalten (Schulen, Straßen Spielplätze etc.)
- Stabilisierung von Stadtteilen
- Zielgruppenorientierte Quartiersentwicklung
- Aufwertung der Adresse erreichen
- Wohnumfeld verschönern (Gärten etc.)
- Gepflegtes Wohnumfeld schaffen
- Stadtteilen ein eigenes Gesicht geben
- Nutzung von Potentialen aus den Nachbarstädten
- Gastland - Rechte und Pflichten kennen

2. Interkulturelles Zusammenleben fördern

- Gegenseitiges Kennenlernen
- Aufeinander Zugehen
- Gemeinsame Kultur entwickeln
- Stabilisierung des Zusammenlebens
- Zusammenleben von Deutschen und Migranten verbessern
- Stadtteilstiftungen organisieren

- Netzwerke im Stadtteil funktionieren
- Sprachliche Verständigung fördern
- Gemeinschaftliche Aktionen durchführen
- Koordination und Integration von verschiedenen Interessen und Bedarfen
- Familie = eigene Kultur

3. Funktionierende Nachbarschaften schaffen

- Freiwillige Segregation zulassen/ erzwungene Segregation abbauen
- Wahlchancen am Wohnungsmarkt erhöhen
- Soziale Benachteiligung als Fokus - unabhängig von der Nationalität
- Quartierskonflikte professionell moderieren
- Stadt, Wohnungsunternehmen und Akteure vor Ort/ weitere professionelle Akteure treffen gemeinsame Vereinbarung zur Belegungssteuerung
- Sozial sensible Belegungssteuerung ohne Nationalitätengesichtspunkte durchführen
- Zusammenführende und abgrenzende Angebote entwickeln (Rückzug)

4. Partizipation fördern

- Partizipation der Betroffenen
- Außenbereich = gemeinsames Wohnen
- Bewohnerbeteiligung aktivieren (Sozialarbeit, Mietertreffs)
- Treffs einrichten (interkulturell, Mehrgenerationen)
- Partizipation ausbauen
- Stadttreffs für Bewohner errichten und mitgestalten
- Begegnungen fördern
- Begegnungsmöglichkeiten schaffen/ fördern

5. Bedürfnisorientierte Verbesserung der Wohnqualität und -bedingungen

- Wohnqualität steigern
- Preiswerten Wohnraum erhalten
- Wohnraum und Wohnumfeld bedürfnisorientierter und attraktiver gestalten
- Verbesserung der Wohnbedingungen
- Wohnqualität erhöhen
- Eigentumsbildung fördern/ unterstützen
- Unterschiede verringern

- Wohnsituation verbessern
- Stärkung und dauerhafte Qualitätssicherung für das Wohnen in Bochum
- Bezahlbare Wohnungen für alle Bevölkerungsgruppen schaffen
- Familiengerechte Wohnungen
- Wohnungen müssen bezahlbar sein
- Bezahlbares altersgerechtes Wohnen ermöglichen
- Unterschiedliche Bedürfnisse beim Wohnen berücksichtigen (Männer, Frauen, Kinder etc.)

6. Beseitigung von Zugangsbarrieren am Wohnungsmarkt

- Maßnahmen gegen Diskriminierung im Wohnbereich
- Chancengleichheit für Migranten ermöglichen

4. Maßnahmen

Nachdem der Zielkatalog erarbeitet war, wurden in Gruppenarbeit Maßnahmevorschläge und Handlungsempfehlungen zu den verschiedenen Zielbereichen entwickelt, die dazu dienen sollen, dem jeweiligen Leitziel in den kommenden 15 Jahren näher zu kommen.

4.1 Vorschläge zum Ziel „Integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung initiieren“

(1) Entscheidung über eine Priorisierung von Stadtquartieren oder eine flächendeckende Initiierung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung treffen

Zu Beginn des Prozesses muss zunächst geklärt werden, ob man bestimmte Stadtquartiere auswählt oder eine flächendeckende integrierte, sozialorientierte Stadtteilentwicklung initiieren will.

(2) Stärken und Schwächen analysieren

Die Analyse dient der Auswahl von Stadtquartieren für die Initiierung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung.

(3) Einrichtung einer gesamtstädtischen und einer projektorientierten Lenkungsgruppe mit Vertretern aus Politik und Verwaltung

Die Lenkungsgruppe ist von der Stadt Bochum zu initiieren und zwar möglichst zeitnah. Sie dient der Steuerung des integrierten, sozialorientierten Stadt(teil)entwicklungsprozesses und ist eine maßgebliche Entscheidungsinstanz. In jedem Fall sollte der AMI¹ eingebunden werden; ggf. ist auch die örtliche Politik einzubinden, wobei der Bezirksvertretung die stärkste Bedeutung zukommt.

(4) Einrichtung von Stadtteilbüros mit Beteiligungsstruktur/ Quartiersmanagement und Mieterbeiräte

Die Stadt Bochum beauftragt ein Büro mit der Durchführung des Quartiersmanagement, das wiederum jeweils ein Stadtteilbüro in den priorisierten Gebieten der integrierten, sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung einrichtet. Das Quartiersmanagement hat besonders dafür Sorge zu tragen, dass Beteiligung nicht folgenlos bleibt und aktiv die Einbindung beteiligungsschwacher Bewohner/innen erfolgt. Diese Maßnahme ist in 2007 in den Stadtumbaugebieten durchzuführen.

Örtliche Stadtteilbüros bzw. Quartiersmanagements sorgen für Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Wohnungswirtschaft, Vereine, Bezirksvertretung usw.

(5) Einrichtung bzw. Fortführung von Stadtteilkonferenzen

Hierbei sollen folgende Akteure eingebunden werden: Bewohnerinnen und Bewohner, Haus- und Grundeigentümerverschein, Wohnungswirtschaft, Einzelhandel, Vereine, Sozialraumkonferenz, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter, ARGE, Mieterverein usw. Für die Einrichtung und das Gelingen der Stadtteilkonferenz sind alle Akteure im Stadtteil verantwortlich. Sie sollte bereits im Herbst 2007 in den Stadtumbau Gebieten eingerichtet werden. Besonders wichtig ist, dass die im Rahmen der Stadtteilkonferenz erarbeiteten Handlungsvorschläge und Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden und Beteiligung damit nicht folgenlos bleibt.

¹ AMI = Ausschuss für Migration und Integration bei der Stadt Bochum

(6) Priorisierung von Stadtumbau West-Gebieten

Verantwortlich für diese Maßnahme ist die Stadt Bochum unter Einbeziehung aller Akteure. Die Stadtumbau West-Gebiete, in denen prioritär bzw. bis 2010 die integrierte, sozialorientierte Stadt(teil)entwicklung umgesetzt werden soll, sind Goldhamme, Griesenbruch, Stahlhausen sowie die Innere Hustadt. Wünschenswert wäre es, wenn die Maßnahme langfristig flächendeckend umgesetzt werden könnte.

(7) Durchführung einer Stärken-Schwäche-Analyse in den ausgewählten Gebieten

Verantwortlich für diese Maßnahme sind die eingesetzte Projektarbeitsgruppe, das Quartiersmanagement sowie weitere örtliche Akteure. Mit der Maßnahme sollte ab Mai 2007 begonnen werden. Die Stärken-Schwächen-Analyse ist notwendig, um bedarfsorientiert zu handeln. Sie ist immer wieder - prozesshaft - zu aktualisieren.

(8) Einrichtung eines Quartiersbeirates und eines Quartiersfonds

Zur Vertretung von Bewohnerinteressen ist ein repräsentativer Quartiersbeirat zu bilden. Die Einrichtung eines Quartiersfonds liegt im Verantwortungsbereich der Stadt Bochum. Sie stellt die notwendigen finanziellen Mittel für den Quartiersfond aus den Mitteln des Programms Stadtumbau West zur Verfügung. Ein entsprechender Fonds sollte Anfang 2008 eingerichtet werden und den Bewohnervertretern zur Verfügung stehen. Der Quartiersfonds ist ein wichtiges Instrument für die Bewohneraktivierung, indem die Bewohnervertreter/innen über die Verwendung dieses Geldes entscheiden und es für die Umsetzung kleinerer Projekte im Stadtteil einsetzen.

(9) Priorisierung von Handlungsfeldern

Die Priorisierung von Handlungsfeldern obliegt dem Aufgabenbereich der Lenkungsgruppe bzw. der Stadtteilkonferenz und sollte prozesshaft geschehen. Die Handlungsfelder mit Priorität sollten aus der Stärken-/ Schwächen-Analyse abgeleitet bzw. mit ihr abgeglichen werden. Soziale Projekte sollten von Beginn an berücksichtigt bzw. „gelebt“ werden. Folgende Handlungsfelder werden – vorbehaltlich eines Abgleichs mit der Stärken-/ Schwächen-Analyse - als prioritär erachtet:

- Wohnen, Wohnumfeld
- Freiräume, Grünflächen, Spielplätze
- Arbeit und lokale Wirtschaft, Versorgung

- Soziale Infrastruktur, für unterschiedliche Zielgruppen
- Bildung/ Kultur
- Gesundheit
- Imagemarketing, Ruf des Stadtteils
- Umwelt, Müll
- (Straßenverkehr) Verkehr
- Stadtteilwegweiser (Broschüre)
- Projektbezogene, direkte Bürgerbeteiligung
- Quartiersfonds

(10) Durchführung eines „Interkulturalitätschecks“ bei allen Maßnahmen

Verantwortlich für die Durchführung des/der „Interkulturalitätschecks“ sind die Projektarbeitsgruppe, der Quartiersbeirat sowie das Bochumer Integrationsbüro. Ziel der Maßnahme ist es, sicherzustellen, dass die Interkulturalität bei Maßnahmen nicht verloren geht. Diese Checks sollten daher prozessbegleitend durchgeführt werden. Wenn festgestellt wird, dass eine Maßnahme zwar nicht das Kriterium der Interkulturalität erfüllt, aber sinnvoll ist, sollte sie dennoch durchgeführt werden.

Im Rahmen der Initiierung und Durchführung der integrierten sozialorientierten Stadt(teil)entwicklung sollten zwei mögliche **Risiken** im Blickfeld bleiben: Das erste betrifft die folgenlose Beteiligung von Akteuren bzw. Bewohnern im Stadtteil. Um dies zu vermeiden, ist eine Verbindlichkeit zur Umsetzung von Maßnahmen zu schaffen und letztendlich auch die Verantwortung hierfür zu übernehmen. Das zweite Risiko betrifft die fehlende Berücksichtigung beteiligungsschwacher Bewohnerinnen und Bewohner.

4.2 Vorschläge zum Ziel „Interkulturelles Zusammenleben fördern“

(1) Aufbau von Netzwerken zur Koordination verschiedener Interessen und Bedarfe

Verantwortlich für den Aufbau solcher Netzwerke ist das örtliche Quartiersmanagement, das diese Aufgabe auch ab 2008 umsetzen sollte. Eine Koordination ist notwendig, wenn deutlich geworden ist, was im Quartier getan werden muss. Sie soll sicherstellen, dass alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden, um Angebotslücken zu erkennen und zielgenau neue Angebote zu schaffen. Denn nur derjenige Bewohner ist bereit, sich zu

integrieren, der auch seine eigene Kultur leben kann. Hierzu ist ggf. die Schaffung spezifischer Angebote notwendig.

(2) Durchführung von Stadtteilstesten, Sprachkursen, Kulturveranstaltungen

Um das interkulturelle Zusammenleben zu fördern, bedarf es Stadtteilstesten, Sprachkurse und unterschiedlicher Kulturveranstaltungen. Sie sind seitens der in der kulturellen Arbeit tätigen Akteure zu organisieren. Diese Aktivitäten sollten kontinuierlich stattfinden. Die Freiwilligenarbeit ist zu fördern und Bewohnerinnen und Bewohner sind als Experten ihres Quartiers zu betrachten.

4.3. Vorschläge zu den Zielen „Funktionierende Nachbarschaften schaffen“ und „Beseitigung von Zugangsbarrieren zum Wohnungsmarkt“

(1) Aktionstag Wohnungsmarkt

Ein Aktionstag Wohnungsmarkt wird in Bochum bereits durchgeführt. Künftig soll dieser durch Ausrichtung auf das Motto „Migranten als Mieter willkommen“ helfen, Migranten den Zugang zum Wohnungsangebot zu erleichtern. Es soll damit auf bestehende Wohnungsangebote aufmerksam gemacht werden und ein „Marktplatz“ geschaffen werden, wo unterschiedliche Interessen - die der Mieter und Vermieter - zusammenfinden. Neben den Wohnungsunternehmen als Partner wären seitens der Stadt das Wohnungsamt (Amt 60), Sozialamt (Amt 50) sowie das Integrationsbüro zuständig für die Durchführung des Aktionstages. Durch das Motto sollen Barrieren in den Köpfen der Menschen beseitigt werden (Abbau eines strukturellen Defizits).

(2) Mehrsprachige Mieterinformationen/ Immobilienanzeigen, ...

Diese kurzfristig umzusetzende Maßnahme dient dazu, Informationsdefizite bei der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund abzubauen, verantwortlich sind die Wohnungseigentümer und Vermieter.

(3) Imageverbesserung (bestimmter) Quartiere

Durch Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen sowie die Einrichtung von Stadttoren mit mehrsprachigen „Willkommen“ - Schildern sollen ein positives Bewusstsein in der Bevölkerung erzeugt und Barrieren in den Köpfen beseitigt werden. Wichtig ist, dass nicht nur Kampagnen stattfinden, sondern dabei auch eine Begegnung von Mensch zu Mensch ermöglicht wird.

(4) Rechtlich-formal: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Ein rechtlich-formales Instrument zum Abbau von Zugangsbarrieren ist das bestehende Gleichbehandlungsgesetz (AGG), dessen Inhalte ggf. besser zu kommunizieren sind.

(5) Treffpunkte zum Kennenlernen (Feste...)

(6) Treffpunkte zur Konfliktbewältigung (Mieterbeirat)

Vorschläge zum Ziel „Partizipation fördern“

Partizipation ist nach Ansicht der Gruppe gleichzusetzen mit „Beteiligung/Mitgestaltung“. Die aufgeführten Arbeitsschritte und Maßnahmen sind nicht nur auf die Gebiete des Stadtumbau West in Bochum zugeschnitten, sondern idealerweise in jedem Stadtentwicklungsprozess umzusetzen. Anmerkung des Plenums: Die Förderung der Partizipation ist ein anspruchsvolles Ziel, zumal es hierfür - z. B. im Vergleich zu Stadtumbau West - bei der Kommunalverwaltung keine Zuständigkeit gibt. Wichtig ist die Verstetigung der Beteiligungsverfahren, auch aufgrund des in den Stadtteilen vorhandenen Beteiligungs- und kreativen Potenzials, das somit genutzt werden könnte. Um Beteiligungsansätze zu verstetigen, ist eine Querschnittsorientierung in der kommunalen Verwaltung notwendig, wobei der Sozialverwaltung eine zentrale Aufgabe zukäme.

(1) Info-Veranstaltung zur Quartiersentwicklung

Voraussetzung ist ein politischer Auftrag, aufgrund dessen die Stadt bis 2008 möglichst alle Beteiligten erreichen soll. Auf diesen Veranstaltungen sind Dolmetscher einzusetzen, die der Überwindung von Sprachbarrieren dienen.

(2) Einrichtung des Quartiersmanagement, wenn Bedarf (Begegnungshaus)

Gemeint ist ein dauerhaftes Quartiersmanagement - möglichst durch vorhandene Organisationen - einzurichten von der Stadt bis 2008. Es ist wichtig, den Gremien verbindliche Namen zu geben. Das Quartiersmanagement ist idealerweise zu verstehen als ein Zusammenschluss mehrerer Akteure und Institutionen aus dem Stadtteil, die sich um die Stadtteilentwicklung „kümmern“, also z. B. auch Stadtteilkonferenzen durchführen. Das Begegnungshaus könnte eine Einrichtung im Stadtteil sein, in der viele verschiedene Einrichtungen ihr Zuhause haben. In der Partizipationspraxis wird es wichtig sein, verbindliche und für alle verständliche Namensgebungen für Partizipationsformen wie der Stadtteilkonferenz bzw. dem Quartiersmanagement zu geben.

(3) Beteiligung Aller am Prozess des Zusammenlebens

Das Quartiersmanagement hat die Aufgabe, alle Bewohnerinnen und Bewohner sowie die örtlichen Akteure zum Mitmachen aufzurufen. Instrumente der Beteiligung können Befragungen, Stadtteilstefte, das Aufsuchen bestehender Gruppen, die Einrichtung von Treffs, Wettbewerben und Mitgestaltung sein.

(4) Verbindliche Umsetzung der vereinbarten Ergebnisse der Beteiligung

Das Quartiersmanagement hat - ggfs. über die zuständige Stelle (Amt) - darauf zu achten, dass die Ergebnisse der Beteiligung machbar sind, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass diese zur Umsetzung gelangen. In einem längerfristigen Zeitrahmen ist bei der Umsetzung auf Mitgestaltung zu achten; entsprechende Erfolgserlebnisse fördern die Partizipation.

Vorschläge zum Ziel „Bedürfnisorientierte Verbesserung von Wohnqualität und Wohnbedingungen“

(1) Bedürfnisanalyse

Um bedürfnisorientiert Wohnqualität und -bedingungen zu verbessern, bedarf es zunächst einer Bedürfnisanalyse. Diese ist schon bald als Auftrag an die Wissenschaft zu vergeben, da es bisher noch keine Bedürfnisanalysen hinsichtlich der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Bei bisherigen Bewohnerbefragungen zeigte sich, dass beim Einsatz von Fragebögen Sprachbarrieren auftraten. Insofern ist auf zielgruppengerechte Befragungsinstrumente zu achten.

(2) Fördermöglichkeiten für die Schaffung von Räumlichkeiten zur Begegnung

Es sollte bei Häusern mit mehr als 10 Wohnungen zum Beispiel Vorgabe sein, einen Gemeinschaftsraum einzurichten, um Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Die Politik sollte dazu - bis 2015 - geeignete Fördermöglichkeiten bereitstellen.

(3) Alternative Wohnformen fördern

Stadt, Land und Bund sollten alternative Wohnformen wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen durch Förderangebote unterstützen.

(4) Umzugsmanagement

Angesichts des demographischen Wandels sollte ein Umzugsmanagement eingerichtet werden, um älteren Menschen bzw. älteren Migrantinnen und Migranten den Umzug in eine kleinere, altengerechte Wohnung zu ermöglichen. Zuständig sind die freien Wohlfahrtsträger.

(5) Innovativer und flexibler Wohnungsbau

Hier ist eher langfristig eine andere Denkweise - insbesondere bei Architekten und Bauträgern - gefordert, alternative bzw. bessere und flexiblere Grundrisse ohne höhere Baukosten zu verwirklichen.

(6) Sozialstation einrichten

Es sollten pflegerische Dienstleistungen vor Ort angeboten werden - denkbar ist, dass verschiedene freie Träger in einem Haus kooperieren, um zum Beispiel Beratungsleistungen etc. anzubieten. Hierfür bieten sich z. B. Sozialstationen für Personen mit Behinderung, die zusammen wohnen, an.

(7) Quartierspflege „aus einer Hand“

In manchen Quartieren sind die Grün-, Spiel- und Gemeinschaftsflächen in einem schlechten Zustand. Diese Freiflächen könnten „aus einer Hand“ gepflegt werden. Hiermit sollten vor allem Quartiersbewohnerinnen und –bewohner betreut werden. So könnte man - neben einer höheren Identifikation mit dem Wohnumfeld - z. B. auch arbeitslosen Jugendlichen eine neue Beschäftigung vermitteln.

(8) Modernisierungen und Bestandspflege

5. Ausblick

In der 7. Sitzung am 11. Mai 2007 hat das Fachforum Wohnen das vorliegende Arbeitspapier - als Teil des Integrationskonzeptes - einstimmig beschlossen. Damit ist der Auftrag aus der 1. Integrationskonferenz für das Fachforum erledigt.

Das Forum empfiehlt, das Arbeitspapier von den politischen Gremien beschließen zu lassen sowie die Ergebnisse unmittelbar in den bereits initiierten Stadtumbauprozessen zu berücksichtigen (Weiterleitung an die Lenkungsgruppe).